

Kompetenzzentrum für Sicherheit und Risikoprävention (KSR)	
	Weiterbildungen in: <ul style="list-style-type: none"> - Sicherheit technischer Systeme (safety & security) - Risiko-Assessment - Risiko-Management (engineering risk management) - Sicherheits- und Risikokommunikation

NZZ Online

Freitag, 04. Juli 2008, 12:26:16 Uhr, NZZ Online

Nachrichten > International

2. Juli 2008, Neue Zürcher Zeitung

Die Uno fordert einen globalen «New Deal» *Generöse Impuls- und Hilfsprogramme zur Abfederung von Schocks*

Eine Uno-Studie untersucht die Ursachen der zunehmenden weltwirtschaftlichen Verwerfungen. Gestärkte multilaterale Institutionen und globale Aktionen sollen die negativen Auswirkungen der globalisierten Wirtschafts- und Finanzwelt auffangen.

bau. Genf, 1. Juli

Angesichts der gestiegenen Risiken, denen in den letzten Jahren die Weltwirtschaft und damit die Weltbevölkerung ausgesetzt sind, plädieren Experten der Uno für eine Rückkehr zu gesunden multilateralen Prinzipien und einer besseren Regulierung der Marktkräfte. Dem gegenwärtigen Zustand der Unsicherheit, der sich in Industrie- und Entwicklungsländern gleichermassen manifestiere, sei nicht mehr auf nationaler Ebene beizukommen. Was nottue, seien adäquate multilaterale Massnahmen, sagte Richard Kozul-Wright, einer der Autoren des am Dienstag in Genf vorgestellten «World Economic and Social Survey 2008» des Sekretariats der Uno.

Katastrophen-Szenario

Der 200 Seiten starke Bericht «Overcoming Economic Insecurity» malt ein düsteres Bild der Welt. Die Rede ist von ausser Rand und Band geratenen Marktkräften, gefährlichen, weil unregulierten und unkontrollierten, alle Landesgrenzen übergreifenden Finanzsystemen, der rapiden Zunahme des Lohngefälles in den Industrieländern, immer häufigeren Naturkatastrophen, drohendem Klimawandel und bewaffneten Konflikten. All diese Phänomene verunsicherten die Menschen und trügen zur generellen wirtschaftlichen Instabilität bei.

Ausführlich analysiert der Bericht die makroökonomischen Faktoren, die zu Instabilitäten führen. Im Vergleich zum Jahrzehnt zwischen 1970 und 1980 habe die gesamtwirtschaftliche Volatilität weltweit wohl abgenommen und stehe die Wirtschaft auf solideren Füßen, schreiben die Autoren. In allen Regionen seien die Fluktuationen der Teuerungsraten und des Produktionsausstosses zurückgegangen. Trotzdem habe die wirtschaftliche Unsicherheit zugenommen. Dafür werden vor allem Globalisierung, Deregulierung und soziale Ungleichheit verantwortlich gemacht. In den verletzlichen Entwicklungsländern sind Naturkatastrophen und zivile Konflikte verstärkende Elemente der Instabilität.

Finanzsystem als Sündenbock

Die Zunahme von internationalem Handel und freiem Kapitalverkehr habe zwei Gesichter. Es sei praktisch unbestritten, dass diese ein Mittel zur Mehrung des Reichtums der Nationen sein können. Doch sei es ebenso möglich, dass sie zur Quelle der Instabilität werden. Der Bericht zeige, dass die heutige Welt nicht vom Handel, sondern von den Finanzen getrieben werde, sagte Kozul-Wright (siehe Grafik). Die neuen Kapitalflüsse mit ihrer Anfälligkeit auf prozyklische Volatilität hätten weitreichende Einflüsse auf die Realwirtschaft. Dies bedeute für die Haushalte und den Einzelnen zusätzliche wirtschaftliche Unsicherheit.

Externe Schocks als Folge von Verwerfungen im Finanzsystem oder auf den Rohwarenmärkten können in den einzelnen Ländern mit antizyklischen makroökonomischen Massnahmen bekämpft werden. Dazu gehören eine entsprechend konstruierte Geld- und Steuerpolitik mit Stabilisierungsfonds für Rohstoffe oder «vorsichtige» Interventionen am Kapitalmarkt. Auf multilateraler Ebene schlägt der Bericht ein ganzes Arsenal von – nicht unbekanntem – Massnahmen vor. Dazu gehört ein starkes multilaterales Handelssystem und der Umbau der Bretton-Woods-Institutionen. Um die Pendelschläge der Weltwirtschaft besser aufzufangen, schlägt die Studie international konzertierte makroökonomische Eingriffe vor. So müsste etwa eine Rezession in den USA mit Massnahmen zur Stimulierung der globalen Nachfrage bekämpft werden.

Neuer Contrat social

Für die desolante Lage macht der Bericht in erster Linie fehlgeleitetes menschliches Handeln und ungenügend ausgestaltete internationale Institutionen und multinationale Mechanismen verantwortlich. Der seit dem Ende des Kalten Krieges propagierte Glaube an die Kräfte des freien Marktes ohne genügende Regulierung habe zu mehr wirtschaftlicher Instabilität ohne entsprechenden sozialen Schutz geführt. Um die negativen Auswirkungen von natur- und menschengemachten Katastrophen und Verwerfungen aufzufangen, wird – in Rückbesinnung auf das wirtschaftliche Impulsprogramm des amerikanischen Präsidenten Roosevelt – ein globaler «New Deal» gefordert.

Dabei gehe es in erster Linie darum, die Lasten von grossen Schocks gleichmässig zu verteilen. Man müsse sich überlegen, ob nicht grossflächige Umverteilungsmechanismen (etwa eine weltweit applizierte Haushaltszulage) am Platz seien, um die Globalisierung auszubalancieren. Man dürfe nicht vergessen, dass soziale Kohäsion kein Luxus, sondern notwendiger Bestandteil eines gesunden und dynamischen Systems sei.

Marshall-Plan II

Für Länder, die ständig von Naturkatastrophen heimgesucht werden oder sich von bewaffneten Konflikten erholen, schlägt die Uno-Studie ein Überdenken der gängigen Struktur der Not- und Entwicklungshilfe vor. Als erfolgreiches Modell wird an den Marshall-Plan zum Wiederaufbau des kriegsversehrten Europa nach dem Zweiten Weltkrieg erinnert. Die internationale Unterstützung müsse mit den nationalen Entwicklungsplänen in Übereinstimmung gebracht werden, generös ausfallen und nicht an allzu viele Bedingungen geknüpft werden.

«Reflexe» Seite 28